Informatiker machen sich auf Verbrecherjagd

Wer sein Geld gestern noch als Computerspezialist verdiente, kann bei der Polizei in Rheinland-Pfalz in kurzer Zeit als IT-Kriminalist durchstarten. Ermittlungen, Durchsuchungen und Dienstwaffe sind dabei inklusive. Wie der Speziallehrgang abläuft - und was man am Ende dabei verdient.

VON THORBEN BEHRING

TRIER Internet, Social Media und Messenger-Dienste sind nicht nur nützlich. Sie dienen Verbrechern auch als immer größere Spielwiesen. Mit steigenden Deliktszahlen verlagert sich auch die Polizeiarbeit zunehmend in den digitalen Raum. Für Informatiker mit ihrem Spezialwissen bieten sich hier krisensichere Berufschancen. Aktuell sucht die Polizei in Rheinland-Pfalz nach berufserfahrenen IT-Experten, um sie zu Kriminalbeamten weiterzubilden.

In einem Jahr vom IT-Experten zum Kriminalbeamten "Die fortschreitende Digitalisierung des Alltags beeinflusst auch die Kriminalitätsentwicklung, sodass der Bedarf an weiteren IT-Spezialistinnen und -Spezialisten besteht", erklärt ein Sprecher des rheinland-pfälzischen Innenministeriums in Mainz auf TV-Nachfrage. Was den Speziallehrgang besonders macht: Der Unterschied zu den bisher extern eingestellten IT-Spezialisten bestehe darin, dass



Die künftigen IT-Spezialisten sollen die rheinland-pfälzische Polizei bei Strafermittlungen im Internet unterstützen.

die Bewerber "nach ihrer einjährigen Qualifizierung Kriminalbeamtinnen und -beamte werden". Wer vor kurzem also noch als Informatiker gearbeitet hat, kann in dem sogenannten Qualifizierungslehrgang innerhalb eines Jahres vollwertiger Kriminalbeamter werden - samt eigener Dienstwaffe.

Mitbringen müssen die angehenden Ermittler einen Studienabschluss und Berufserfahrung. Nach Angaben der Polizei ist mindestens ein Studium auf Bachelor-Niveau erforderlich - in Informatik oder vergleichbaren Studiengängen. Bewerber sollten außerdem eineinhalb Jahre Berufserfahrung mitbringen, besser sogar zweieinhalb. Neben weiteren Voraussetzungen, die auch für eine Verbeamtung wichtig sind, sollten sie natürlich ein leeres Vorstrafenregister vorweisen können.

"Nach erfolgreicher Bewerbung erfolgt dann innerhalb eines Jahres die Qualifizierung zu IT-Kriminalistinnen und -Kriminalisten an der Hochschule der Polizei", erklärt der Ministeriumssprecher. Der Lehrgang beginnt am 1. September diesen Jahres. Neben der Ausbildung an der Polizeihochschule am Campus Hahn (Rhein-Hunsrück-Kreis) fol-

gen auch Stationen in den Einstellungsbehörden. Bewerber können schon zu Anfang ihre Wunschbehörden nennen. Zur Auswahl stehen neben dem Landeskriminalamt die Polizeipräsidien Mainz, Koblenz, Trier, Westpfalz und Rheinpfalz.

Lehrgang für IT-Kriminalisten gibt es seit 2021 Die Polizei bildet über den Speziallehrgang seit 2021 IT-Kriminalisten aus. Im ersten Lehrgangsjahr haben sich laut Ministerium rund 61 Menschen beworben. 15 haben den Lehrgang erfolgreich beendet. "Für den Lehrgang 2023 haben sich bislang 23 Personen beworben, die Bewerbungsfrist ist jedoch [Anmerkung der Redaktion: zum Zeitpunkt der Presseanfrage] noch nicht abgeschlossen", heißt es aus dem Ministerium. Bislang habe es jedoch zahlreiche Nachfragen zu dem Lehrgang gegeben. Die Bewerbungsfrist lief Ende April aus.

Um als Kriminalbeamte arbeiten zu können, pauken die angehenden IT-Kriminalisten ein Jahr lang Kriminalwissenschaften, Cybercrime, digitale Ermittlungen oder Eingriffsrecht. Daneben absolvieren sie auch eine Schießausbildung sowie Einsatztraining, Fahr- und Sicherheitstraining und verschiedene Berufspraktika.

So viel verdient ein IT-Kriminalbeamter IT-Spezialisten sind derzeit überall heiß begehrt. Die Polizei wirbt für die Laufbahn bei Verbeamtung mit der Eingruppierung in Besoldungsgruppe A 10, wobei schon während der Qualifizierung volle Bezüge bezahlt werden sollen. Für einen Unverheirateten startet die Gruppe laut Besoldungsrechner bei einem Bruttogehalt von 3200 Euro. Netto ergibt das etwa 2670 Euro, also circa 32.000 Euro im Jahr. IT-Kriminalbeamte haben zudem Beförderungschancen in die Gruppe A 11. Neben 30 Tagen Urlaub und einer Polizeizulage zwei Jahre nach Einstellung lockt die Polizei unter anderem mit Aussichten aufs Home-Office.

Steigende Kriminalität im Internet -

zukunftssicherer Job für Ermittler? Im Landeskriminalamt sind die Kriminalisten später im Dezernat "Cybercrime" tätig. Die meisten werden aber vor allem in den Fachkommissariaten der Polizeipräsidien eingesetzt. Sie übernehmen laut Polizei Ermittlungen mit IT-Bezug, zum Beispiel klären sie Computerbetrug auf oder ermitteln bei Straftaten im Bereich Datenschutz. Auch Ermittlungen im Bereich Kinder- und Jugendpornografie gehören zu ihren Aufgaben. Dabei können sie als ausgebildete Kriminalbeamte bei Durchsuchungen eingesetzt werden und Beweismittel beschlagnahmen.

Vor dem Hintergrund steigender Internetkriminalität dürfte der Job zudem als krisensicher gelten. Kriminelle agieren immer häufiger mit den Tatmitteln Internet oder IT-Geräten, wie es im Polizeijargon heißt. Während es im Raum Trier 2018 noch 1801 erfasste Fälle gab, waren es im Jahr 2022 schon 2416 - ein Anstieg um mehr als ein Drittel. Im Bereich "Cybercrime" kam es daneben zu 412 Straftaten - rund 35 Prozent mehr als im Vorjahr. Darunter fällt auch der sogenannte Computerbetrug. Hier waren die Deliktszahlen 2022 auf 371 gestiegen - eine Zunahme von 48 Prozent im Vorjahresvergleich.

Dillinger: Etliche Einträge in der Trierer Personalakte

TRIER (sey) Warum hat das Trierer Generalvikariat im Fall des Skandalpriesters Edmund Dillinger so spät reagiert und erst im Jahr 2012 ein Zelebrationsverbot gegen den damals 77-jährigen Geistlichen verhängt? Das ist eine der zahlreichen Fragen, die in einem der möglicherweise größten Missbrauchsskandale im Bistum Trier nach wie vor unge-

Offiziell bekannt ist bislang nur der Fall eines damals 14-jährigen Messdieners vom Hunsrück, der 1970 bei einer von Edmund Dillinger organisierten Rom-Wallfahrt betrunken gemacht und nackt fotografiert wurde. Die Fotos wurden dem Geistlichen später entwendet,

das Material dem Trierer Bischof Bernhard Stein zugespielt. Der reagierte und schob den in Ungnade gefallenen Priester – wie seinerzeit üblich – in ein Nachbarbistum ab. In Edmund Dillingers Lebenslauf heißt es, er sei im Dezember 1970 für ein Studium an der Universität Köln beurlaubt worden.

Aber gab es vor und nach dem Jahr 1970 keine weiteren konkreten Vorwürfe gegen den im November verstorbenen Ordensprälaten und Ehrendomherrn Dillinger, in dessen Haus sein Neffe mehrere Hundert pornografische Fotos und Filme gefunden hat? Und warum wurde erst mit einem zeitlichen Verzug von über vier Jahrzehnten

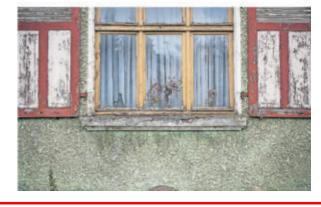
gegen den Priester ein Zelebrationsverbot verhängt?

Auf Anfrage unserer Redaktion hieß es, dass die Verantwortlichen im Generalvikariat im Jahr 2012 wegen der geplanten Neugründung einer Pfadfindergruppe, "in die Dillinger sich offenbar einbringen wollte", noch einmal in die Akten geschaut hätten. Zudem habe es "Wahrnehmungen, keine konkreten Vorfälle, aus der Umgebung von Ruhestandspfarrer Dillinger" gegeben. Dabei sei man auf Vorwürfe möglicher sexueller Übergriffe aus den 1960er Jahren gestoßen und auf den Fall aus dem Jahr 1970.

Auf die Frage, ob in den Akten auch weitere Missbrauchsvorwürfe gegen Dillinger nach 1970 zu finden seien, antwortete die Bischofssprecherin, es fänden sich "nach 1970 Einträge unterschiedlichster Art". Um welche Vorfälle es in den Einträgen geht und aus welchen Jahren sie datieren, sagte die Sprecherin nicht. Statt dessen verwies sie auf die bevorstehende Untersuchung des Falls durch die Aufarbeitungskommission und Spezialermittler Jürgen Brauer.

Wann der ehemalige Koblenzer Generalstaatsanwalt mit seiner Arbeit richtig beginnen kann, ist noch offen. Denn viel Beweismaterial dürfte Brauer zunächst nicht zur Verfügung stehen. Vor einer guten Woche hatte ein Mainzer Ermittlungsrichter die Beschlagnahme der von Dillingers Neffe sichergestellten Fotos und Filme angeordnet. Am Donnerstag legten auch die saarländischen Ermittlungsbehörden nach

und ließen das Haus Dillingers in Friedrichsthal durchsuchen. Auch dabei sei noch jede sei noch jede Menge Fotomaterial sichergestellt worden, hieß es.



diesem Haus im saarländischen Friedrichsthal wohnte der Trierer Bistumspriester Edmund Dillinger. FOTO: OLIVER DIETZE

Staatsanwaltschaft ermittelt noch gegen mutmaßliche Mörder

Nach dem fast vier Monate zurückliegenden Gewaltverbrechen an einem 56-jährigen Mann im Eifelort Hersdorf wurden zwei Beschuldigte festgenommen. Die Staatsanwaltschaft Trier prüft: Kommen die beiden Männer noch für weitere Straftaten infrage?

VON ROLF SEYDEWITZ

HERSDORF/TRIER Fast vier Monate nach dem gewaltsamen Tod eines 56-jährigen Mannes im Eifelort Hersdorf (Kreis Bitburg-Prüm) dauern die Ermittlungen weiter an. Die Akten lägen nach wie vor bei der Trierer Kriminaldirektion, sagte der Leitende Trierer Oberstaatsanwalt Peter Fritzen auf Anfrage unserer Redaktion. Zwei nach dem Mord festgenommene Männer hätten bislang keine weiteren Angaben gemacht.

Die beiden 20 und 26 Jahre alten Beschuldigten waren anderthalb Wochen nach dem Gewaltverbrechen in Remscheid (Nordrhein-Westfalen) gefasst worden. Sie sitzen wegen gemeinschaftlichen Mordes aus Habgier in Untersuchungshaft. Nach dem Stand der Ermittlungen hat der getötete Eifeler die beiden Serben über das Internet kennengelernt – "im Zusammenhang mit der Suche nach sexuellen Kontakten", wie es offiziell hieß. Gemeint war eine Dating-Plattform für Homosexuelle.

Der 56-Jährige soll die beiden wenige Stunden vor der Tat mit seinem Wagen in Remscheid abgeholt und mit nach Hersdorf genommen haben. Dort wurde er dann wohl in der darauffolgenden Nacht in seinem Badezimmer getötet. Laut Obduktion wurde er erschlagen.

Die beiden Beschuldigten hinterließen offensichtlich eine ganze Reihe von Spuren. So fuhren sie beispielsweise mit dem Taxi aus dem Nachbarort Schönecken nach Gerolstein. Dort versuchten sie mit der gestohlenen EC-Karte ihres Opfers vergeblich, an einem Bankautomaten Geld abzuheben. Möglicherweise wurde von den Ermittlern aber auch das Handy des Opfers lokalisiert, das die Täter mitgenommen haben sollen – ebenso wie das Portemonnaie des 56-Jährigen und diverse weitere Wertsachen. Welche Gegenstände bei den Tatverdächtigen sichergestellt wurden, ist nicht bekannt.

Die Trierer Ermittler prüfen weiter, ob die beiden für weitere, ähnlich gelagerte Straftaten infrage kommen. Im Rahmen der laufenden

Ermittlungen werde auch der Frage nachgegangen, ob die Beschuldigten möglicherweise bereits früher Kontakt zu Männern aufgenommen hätten, um diese finanziell auszunehmen, sagte der Leitende Trierer Oberstaatsanwalt unserer Redaktion. Ergebnisse könnten erst nach deren Abschluss mitgeteilt werden. Dass Kriminelle sich gezielt Homosexuelle aussuchen, um diese zu überfallen und auszurauben, kommt immer wieder vor. Das Bonner Landgericht hatte erst im November vergangenen Jahres drei Mitglieder einer Jugendbande verurteilt, die über eine Dating-App gezielt Jagd auf Homosexuelle gemacht hatten. Bei den vereinbarten Treffen schlug das Trio gezielt und

ohne Vorwarnung auf die Opfer ein und raubte sie aus. In einem Fall wurde ein Mann schwer verletzt. Die drei zur Tatzeit noch minderjährigen jungen Männer wurden wegen schweren Raubes und gefährlicher Körperverletzung zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt.

Auch im Ausland ist die Methode bekannt. Die Londoner Polizei



Ermittler der Polizei vor dem Haus im Eifelort Hersdorf, in dem Mitte Januar der 56-jährige Bewohner ermordet wurde.

FOTO: ARCHIV FRITZ-PETER LINDEN

Produktion dieser Seite: Alexander Schumitz

warnte homosexuelle Männer erst im Januar eindringlich davor, bestimmte Dating-Portale leichtfertig zu benutzen. Zuvor hatten sich Überfälle auf Männer gehäuft, die sich über die Internet-Portale zu Treffen verabredet hatten. Die Opfer wurden dann betäubt und anschließend ausgeraubt, berichtet das Internetmagazin Schwulissimo. Auch aus anderen Ländern wurden bereits ähnliche Übergriffe auf Homosexuelle gemeldet.

Nach der Festnahme der beiden im Hersdorfer Fall verdächtigen Serben hieß es, dass es zu möglichen Vorstrafen des Duos keine Erkenntnisse gebe. Einer der Beschuldigten sei erstmals 2010, der andere erstmals 2011 nach Deutschland eingereist. Beide sollen unabhängig voneinander mehrfach Asylanträge gestellt haben, die abgelehnt worden seien. Beide hätten Deutschland zwischendurch wieder verlassen und seien unabhängig voneinander wieder eingereist.